

Kultur in Berlin

Wohnungsbau

Bauturbo bedeutet Entmachtung



KOMMENTAR

Nikolaus Bernau schreibt über Architektur und Stadtentwicklung.

Bauturbo – für die Erfindung dieses Begriffs muss man die Öffentlichkeitsarbeit von Bundesbauministerin Verena Hubertz (SPD) loben. Große Klasse. Klingt nach brumrender Bauwirtschaft. Ich sehe die Kräne über Berlin drehen.

Über eines ist sich die Bau-Welt einig: so wie bisher geht es nicht weiter. Allerdings: Um beim Bauturbo mitzumachen, müssen die Politiker in den Kommunen bis 2030 – dann läuft das Gesetz schon wieder aus – auf Rechte verzichten, die ihre Wähler mühsam und oft nur dank der Hilfe des Europäischen Parlaments errungen haben. Etwa das Recht, mit Bebauungsplänen Minimalstandards für Bürgerbeteiligung, Bebauungsdichten, Nutzungsmischungen, Natur-, Arten-, Umwelt-, Sozial-, Nachbar- oder Denkmalschutz zu sichern.

Jetzt sollen, so Verena Hubertz, alle Wohnungsbauanträge gelten, wenn nicht innerhalb von drei Monaten widersprochen wird. Anders gesagt: Die Kommunen – und damit auch Berlin respektive seine Bezirke – sollen sich selbst entmachten zugunsten der Investoren und Landeigentümer. Werden das die Wähler widerspruchslos akzeptieren? Erhalten die Behörden wenigstens mehr Personal, um so schnell reagieren zu können? Das sollen die Kommunen schon selbst klären.

Fünf Jahre sind im Bauwesen eine eher kurze Zeit, um größere Projekte durchzusetzen. Um Masse aber geht es, nicht um kleinteiliges Nachverdichten. Deswegen soll das Bauen am Siedlungsrand ohne Bebauungsplan erlaubt werden. Die Bauern dürfen sich freuen.

War Frau Hubertz mal in den Niederlanden? Dort führten solche Gesetze dazu, dass seit den 1990ern zwischen Amsterdam und Rotterdam immer neue Einfamilienhausvororte entstanden. Die Bauindustrie und Grundstücksspekulanten jubelten. Aber die Gemeinden stöhnten unter den Folgekosten, müssen die neuen Straßen, Leitungen, die Abfallversorgung, die Schulen finanzieren.

Die Vollrevision des deutschen Baurechts mit seinen mehr als 20.000 Vorschriften wird seit Jahren von allen am Bauen Beteiligten eingeklagt. Sie aber ist kein Teil des Bauturbos. Dazu braucht es Zeit und größere Zielvorstellungen als „Bauen, Bauen, Bauen“. Trotzdem: Bauturbo ist ein großartiges Wort.



Die Berliner Künstlerin Luise Schröder stellt mit ihrer Installation „Stuhlkreis“ einen Bezug zur Gegenwart her.

Frauen in der DDR-Opposition Auf die Bücherbarrikaden!

Von Laura Eileen Brauer

Auf einer großformatigen Schwarz-Weiß-Wandfotografie sitzen Frauen in einem Stuhlkreis: einige vertieft ins Gespräch, andere in stiller Konzentration. Der Kreis erscheint zugleich als Ort von Austausch und Intimität. Die Aufnahme, 1988 von einer Teilnehmerin während einer Pause der ersten Lesbenwerkstatt in Dresden gemacht, zeigt einen jener selbstorganisierten Zirkel lesbischer Aktivistinnen in der DDR, die sich Freiräume jenseits staatlicher Kontrolle erkämpften.

Gleichzeitig findet eine Zeitreise statt. Plötzlich scheinen die Frauen die Ausstellungsbesucherinnen und -besucher unmittelbar anzuschauen, sie ins Gespräch hinein zu ziehen, denn im Raum befindet sich – gebildet aus realen Stühlen – die andere Hälfte des Stuhlkreises. Ein Moment queerfeministischen Widerstands gelangt in die Gegenwart.

Die Berliner Künstlerin Luise Schröder lädt mit „Die Antwort lautet: Nein!“ ein zum Dialog. Unter diesem kraftvollen Titel, der ursprünglich aus „frau anders“ stammt, der einzigen Lesbenzeitschrift der DDR, präsentiert sie im Ausstellungsort alpha nova & galerie futura die Ergebnisse ihres Rechercheprojekts. Es widmet sich der unabhängigen Frauen- und Lesbenbewegung in der DDR.

Die Ausstellung

„Die Antwort lautet: Nein!“, alpha nova & galerie futura, Am Flutgraben 3, bis 15. November, Mittwoch bis Samstag, 16 bis 19 Uhr.

Der Begleitband „Strömungen in Bewegung“ (Fotograf Edition, 332 S.) kostet 38 Euro. Mehr Informationen unter: galeriefutura.de/luise-schroeder/

Ausgangspunkt bildet Schröders Beschäftigung in den vergangenen fünf Jahren mit lesbischer Literatur und queer-feministischen Zeitzeugnissen. Dabei entstanden unter anderem UV-Drucke auf Glas von historischen Fotografien, die aus Archiven der DDR-Opposition stammen, genauer: der Robert-Havemann-Gesellschaft.

Diskussionsraum unter dem Dach der Kirche

Schröder griff auf Aufnahmen zurück, die unter anderem während der Pausen der ersten Lesbenwerkstatt in Dresden und beim sechsten Jenaer Frauengruppentreffen gemacht wurden – hier liegt auch die Quelle ihres wiederkehrenden Sitzkreis-Motivs. Die fotografischen Dokumente erinnern daran, wie mühsam lesbische Frauen in der DDR ihre Gesprächsräume erst erobern mussten – sei es in säkularen Gruppen oder unter dem Dach der Kirche.

Im Kreis der Stühle verdichtet sich zugleich die Symbolik von Gesprächsrunde und weiblichem Safe Space: gemeinsames Innehalten, Reflektieren und Streiten, ausschließlich unter Frauen. In den gemischt homosexuellen Gruppen hatte sich zuvor die männliche Dominanz für feministische Anliegen und Sichtbarkeit als hinderlich erwiesen. Der Austausch von Texten, Ideen, Druckmöglichkeiten und Aufbau von In-

frastrukturen wurde für die Frau zu einem Motor der Emanzipation, der ihnen den Schritt aus der Privatheit in die Öffentlichkeit ermöglichte.

Neben dem Stuhlkreis hat die Künstlerin für die Ausstellung außerdem eine „Bücherbarrikade“ erbaut, eine dichte Struktur aus feministischer Literatur mit Werken von Autorinnen wie Christa Wolf, Elfriede Brüning oder Annett Gröschner. Wer die Barrikade überwindet, gelangt an eine Collage aus Zitaten, Bildern und Notizen, die sich überlagern und dadurch neue Bedeutungsebenen liefern. Schröder nennt es ein „flirrendes Archiv“, das ebenso die Fragilität wie Lebendigkeit kollektiver Erinnerung sichtbar macht.

Die Ausstellung versteht sich als interaktives Forum, das seine Wirkung im Dialog entfalten soll. Begleitet wird sie von einem Programm mit Leseabend, Filmvorführung, Zeitzeuginnen-Gespräch sowie Workshop mit Archivbesuch. Bereits im Aufgang zur Ausstellung verweist das Zitatbanner „Was jetzt geschieht, geschieht uns“ auf die Bedeutung des Schutzes queer-lesbischer Identität – besonders im Angesicht erstarrender rechter Strömungen. Schröder hält die Balance zwischen Sichtbarkeit und Persönlichkeitsschutz, indem sie etwa die Nachnamen der Interviewten unkenntlich macht. Ihre Gesichter bleiben jedoch sichtbar.